

Das Reichseinigungsamt.

Die Lohnkämpfe der letzten Jahre, die zum Teil dem gelamten deutschen Wirtschaftsleben schweren Schaden zugefügt haben, haben den Anstoß zu dem Gedanken an die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, dessen Aufgabe es wäre, durch Vermittlung jeden Streit zu vermeiden und dessen Schiedspruch sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu unterwerfen hätten. Leider hat dieser Gedanke nicht allseitig diejenige Förderung erfahren, die ihm bei seiner sozialen Bedeutung gebührt. In dankenswerter Weise hat sich jetzt die Gesellschaft für soziale Reformen mit dieser Frage beschäftigt und sie hofft, durch

Klärung in weiten Kreisen

den Weg zur Schaffung einer solchen Einrichtung zu ebnen. In der Ortsgruppe Berlin dieser Gesellschaft sprach Herr v. Werlebsch (von 1890 bis 1896 preussischer Minister für Handel und Gewerbe) über die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichseinigungsamtes. Herr v. Werlebsch, dessen sozialer Eifer einst den Widerstand seiner Freunde fand und so die Aufgabe seiner Abhandlung wurde, und dessen Werken 'Warum treiben wir soziale Reform?' von seinem Verständnis für die entscheidenden Fragen unserer Zeit Zeugnis ablegt, führte etwa folgendes aus: 'Die beiden

letzten Schlagfertigen Seere

der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind insofern eine Gefahr für das gesamte Wirtschaftsleben des Volkes und für die Wohlfahrt des Reiches, als die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr häufig nicht mehr friedlich beizulegen sind. Andererseits hat aber auch die Organisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber dahin geführt, daß man nicht nur die Gefahr dieser großen Kämpfe für die Allgemeinheit erkannt, sondern auch auf Mittel sann, die geeignet sind, die Arbeitskämpfe zu vermeiden, und in beiden Lagern ist man zu der Überzeugung gekommen, daß Tarifverträge das einzige Mittel sind, einen zeitlich begrenzten Frieden zu schaffen.

Einigungsämter und Schiedsgerichte.

vor allem die Tätigkeit der Gewerbeämter als Einigungsämter, haben in vielen Fällen erfolgreich bei dem Zustandekommen von Tarifverträgen mitgewirkt und manchen Kampf verhindert. Dennoch ist es ihnen, wie die letzten großen Streiks der Bergleute, Bau- und Werftarbeiter beweisen haben, nicht immer gelungen, große, in das Allgemeinwohl tief einschneidende Kämpfe zu verhindern. Ihnen fehlt die Berechtigung, kraft Gesetzes im gegebenen Zeitpunkt dort eingreifen zu können, wo ein Ausstand droht, und die Parteien zu zwingen, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. In weiten Kreisen macht sich daher der Wunsch nach einem Reichseinigungsamt bemerkbar. Das zu erstellende Einigungsamt soll keine Recht sprechende, sondern eine Recht schaffende sein. Sie darf die Parteien in keiner Weise in der Wahl der Mittel beschränken.

Die bestehenden Einrichtungen

sollen durch sie nicht geschwächt, noch beseitigt werden. Das Reichseinigungsamt soll ein ständig bereit stehender Vermittler sein, der auch ohne Anruf eingreifen in der Lage ist. Es muß daher auch stets über die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Lage gut unterrichtet sein. Ihm muß das Recht werden, die Parteien laden zu können und den hierzu geeigneten Zeitpunkt nach eigenem Ermessen festzusetzen. Zeugen und Sachverständige müssen von ihm herangezogen werden können. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann das Amt einen Schiedspruch fällen, gültig für eine bestimmte Zeit. Das Amt müßte aus drei Personen bestehen, die vom Reichsausschuß nach Anhörung von Vorschlägen seitens der Interessenten ernannt werden und der Anteilung für Arbeiterkassen des Kaiserlich Staatlichen Amtes angegliedert werden.' Herr v. Werlebsch betonte ausdrücklich, erst die Praxis würde erweisen, ob seine Vorschläge in allen Teilen das Richtige treffen. — Sicher aber ist, daß sie einen neuen Weg zeigen, um Deutsch-

land vor folgenschweren Arbeitskämpfen zu bewahren. Das Bessere ist der Feind des Guten. Ist erst einmal ein Versuch gemacht, so lehrte die Praxis, wie auf den geschaffenen Grundlagen weitergebaut werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar ist von Kiel aus wieder in Berlin eingetroffen. — Die Erkrankung des Prinzen Waldert nimmt einen normalen Verlauf, im andern Falle wäre die Kaiserin ohne Zweifel in der Nähe ihres leidenden Sohnes geblieben.

* In München fand am 9. d. Mts. eine große Landeshuldigung für den Prinzregenten Luitpold statt, an der Vertreter aller Vor- und Staatsstellen, die Direktoren der gelehrenden Anstalten, die Ständevertreter, Vertreter der Kirche, des Offizierskorps und aller großen Organisationen und Verbände des ganzen Landes teilnahmen. Ebenso sah man Vertreter aller bayerischen Hochschulen, der Gelehrten- und Künstlerwelt und der Presse, sowie aller andern Berufsstände. Tiefbewegt verlas der Prinzregent eine Ansprache, die mit dem Wunsch schloß, daß Herrscher und Volk allezeit treu zusammenstehen möchten.

* Die elsass-lothringische Verfassungsfrage ist ihrer Abmilderung ein wenig nähergerückt. Wie der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, in der Kommission mitteilte, hat der Bundesrat zwar die Forderung einer Änderung der Stellung des Kaisers zu Elsass-Lothringen für unannehmbar erklärt, daß aber den Reichsländern, so lange die Stellung des Kaisers und des Statthalters unverändert bleibt, drei Stimmen im Bundesrat zugebilligt. Diese Stimmen zählen nicht, wenn sie bei einer Beratung zugunsten Preußens den Ausschlag geben würden, oder wenn es sich um Verfassungsfragen handelt. — Für die so veränderte Vorlage wird ohne Zweifel eine Mehrheit im Reichstage vorhanden sein.

* Die Nachricht, daß die Matrifularbeiträge (Beiträge der Einzelstaaten zu den Reichsumkosten) für 1911 schon festgelegt seien, entspricht nicht den Tatsachen. Die dem Reichstag kürzlich vorgelegte Berechnung der Verteilung der Matrifularbeiträge für 1911 ist nur eine vorläufige. Sie bezieht sich auf den im Entwurfsentwurf für 1911 gemachten Vorschlag der Bemessung der Matrifularbeiträge. Geht, was in den letzten Jahren regelmäßig der Fall war, dieser Vorschlag im Laufe der Beratungen des Reichstages eine Änderung, so muß selbstverständlich auch eine andere Verteilung auf die Einzelstaaten vorgenommen werden. Die endgültige Verteilung der Matrifularbeiträge für 1911 auf die Einzelstaaten kann deshalb erst später erfolgen.

* Durch die Ernennung des Oberpräsidenten v. Winterfeldt zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg ist eine neue Reichstagsersatzwahl notwendig geworden. Herr v. Winterfeldt wurde im Oktober 1908 in der Nachwahl für seinen verstorbenen Vater Ulrich v. Winterfeldt im Wahlkreise Preussisch-Angermünde zum Reichstagsabgeordneten gewählt. 1907 erhielten auf den Ersatzkandidaten 13 266, auf den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung 3710 und auf den Sozialdemokraten 4237 Stimmen.

* Das Ergebnis der Reichstagsersatzwahl in Siegen (für den verstorbenen Reichsminister) ist: Werner (wirtsch. Bgg.) 7953, Bedemann (soz.) 7976, Korell (fortsch. Bg.) 5050, Griebner (nat.-lib.) 2516 Stimmen. Es ist sichergestellt, daß Werner und Bedemann erforderlich. Im Jahre 1907 hatte der Reformpartei Abg. in der engeren Wahl mit 11 543 über den Nationalliberalen Vögelmann, auf den 10 575 Stimmen entfielen, bei 80,4 Prozent Wahlteilnahme geiegt. Diesmal haben ungefahr 80 Prozent aller Wähler gewählt. Der Wahlkampf war außerordentlich heftig, eine wichtige Rolle spielte dabei die Hundsteuernsteuer.

Österreich-Ungarn.

* Eine unangenehme Überraschung wurde dem österreichischen Abgeordnetenhaus zu teil. Der Finanzminister teilte nämlich mit, daß ohne neue Steuern trotz aller Sparmaßnahmen das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht hergestellt werden könne. Außer der Reform der Erbschaftsteuer werde man auch die Biersteuer sowie die Behandlung der Hundsteuer und eine Reform der Weinsteuer ins Auge fassen müssen.

Amerika.

* Mit Bezug auf die Mobilmachung von 20 000 Mann in den Mexiko-Staaten, die angeblich Mexiko bedrohen soll, veröffentlicht der mexikanische Botschafter in Berlin, daß die Beziehungen zwischen den Mexiko-Staaten und Mexiko die denkbar besten seien. Präsident Laiz habe dem mexikanischen Gesandten in Washington erklärt, die Truppenbewegungen würden ohne jede feindseligen Absichten unternommen. — In London sagt man indessen, daß Laiz ein baldiges Einschreiten in Mexiko für nötig hält, um Europa zu zeigen, daß die Mexiko-Staaten imstande sind, selbst Ordnung zu schaffen und daß ein europäisches Eingreifen unnötig und unerwünscht ist.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die Beratung über den Postetat fort. Abg. Trzcinzki (Polen) behauptete, daß die Postbeamten der Östmark die Sprache der Bevölkerung nicht verstehen. Die Abg. Lottmann (wirtsch. Bgg.) und Fröner von Gamp (freil.) sprachen sich gegen die Aufhebung der Gehälter der unteren Beamten aus. Eine Reihe von Beschwerden brachte der Abg. Jubell (soz.) vor und bezeichnete es als ein Verbrechen, daß ein Telegramm gedruckt wurde, in dem man hochverräterischen Inhalt vermutete. Staatssekretär Kräfte legte energisch Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß die Beamten den Abg. Jubell als ihren Vertreter betrachten. Der einzige Vertreter der Staatssekretäre. Auch müsse er energisch sich gegen den Vorwurf einer verächtlichen Handlung seiner Beamten verwahren. Reichstagssekretär Bismuth warnte davor, die Befehlsbefugnisse wieder aufzurufen, da dadurch nur Unzufriedenheit in die Beamtenreihen getragen würde. Neue Gehaltsveränderungen machten neue Steuern nötig. Nach weiterer Debatte wurde das Gehalt des Staatssekretärs bestätigt.

Am 10. d. Mts. wird die zweite Lesung des Postetats bei der Abstimmung über die Resolution betreffend der Zulage der Oberpostassistenten fortgesetzt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt: Abg. Fröner v. Gamp (freil.): Nach der Geschäftsordnung kann über Resolutionen erst abgestimmt werden, wenn sie drei Tage im Besitz des Hauses sind. Ich beantrage daher, die Resolutionen, die noch nicht drei Tage im Besitz des Hauses sind, vorläufig zurückzustellen. Zur Begründung des Antrages bemerke ich: Die Resolution, die jetzt von den Abg. Wed. Heiberg und Wickhoff über die Zulage der Oberpostassistenten eingebracht worden ist, ist bereits in der Budgetkommission einstimmig angenommen worden. Sie war dort von einem Mitgliede der Rechten beantragt worden. Jetzt wollen die Liberalen den Schein erwecken, als ob sie selbst diese Resolution ausgedacht hätten. Die Herren hatten kein Recht, die wirklich übereinstimmende Resolution der Budgetkommission als ihren Antrag einzubringen. Ich würde meinen Antrag zurückziehen, wenn die Resolution der Budgetkommission bei Titel I erledigt und die Resolution Wed. Heiberg zurückgezogen würde.

Abg. Baerle (nat.-lib.): Herr v. Gamp hat in sehr harten Worten und Vorwürfe gemacht. Diese sind unangebracht. Das Zentrum hat die Materie als Antrag zuerst aufgeworfen. Unser Recht war es, die gleiche Materie aufzugreifen.

Abg. Dröschner (son.): Ich schließe mich der Kritik des Herrn v. Gamp durchaus an. Die Ausdrücke des Herrn v. Gamp mochte ich mir durchaus zu eigen. Das Vergehen der beiden Liberalen Herren wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie die beiden Berichterstatter über diesen Gegenstand waren. Wir verüben uns einen derartigen unlauteren Willkür. Das Vergehen der beiden Herren wird auch noch dadurch gekennzeichnet, daß ich als Urheber des Kommissionsantrages alle übrigen Herren vorher verständigt habe. Die Herren aber bringen hinter unsern Rücken eine detaillierte Resolution ein. Sie wollten ihre Resolution zuerst zur Abstimmung bringen, um dann im Lande damit prägen zu können.

Abg. Wichhoff (fortsch. Bg.): Wir hatten ur-

sprüchlich in der Kommission einen weitergehenden Antrag gestellt. Als der abgelehnt wurde, griff Abg. Dröschner unsern Gedanken auf.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Darstellung der Linken entspricht nicht der Wahrheit. Wir sind durchaus bereit, die Abstimmung über unsern Antrag verschoben zu lassen.

Nach längerer weiterer Geschäftsordnungsdebatte vereinbart das Haus durch besondere Abstimmung, zunächst die Resolution der Budgetkommission in namentlicher Abstimmung zu erledigen. Diese Resolution — Gewährung einer pensionsfähigen Zulage von 300 Mk. an die älteren Oberpostassistenten usw. — wird mit 255 gegen 55 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Schwerin: Damit ist die Resolution Wed. Heiberg erledigt.

Eine Resolution der Volkspartei fordert, die unbeschäftigten Häften, die sich bei der Besoldungsneuregelung ergeben haben, auszugleichen. Eine Resolution der Sozialdemokratie verlangt Revision des Beamtenbesoldungsgeetzes zugunsten der Unterbeamten.

Nach kurzer Debatte wird die sozialdemokratische Resolution mit 192 gegen 139 Stimmen abgelehnt, die freisinnige angenommen.

Abg. Sengel (fortsch. Bg.): Bei den Postassistenten sollte ständig weibliches Personal verwendet werden.

Abg. Arndt (freisinn.): Der Staatssekretär überließ auch nicht die Wünsche der Postassistenten.

Abg. Wagner (son.): In Dresden hört man sehr häufig über die Forderung der Telegraphenbediensteten durch die Beamten.

Auf Verlangen des Abg. Werner (Bsp.) bemerkt: Staatssekretär Kräfte: Eine Juwelenkonfiskation für Postassistenten ist nicht denkbar.

Abg. Wächtermann (fortsch. Bg.): Kann nicht eine Untersuchungskommission für Agenten gegründet werden?

Staatssekretär Kräfte: Bei Bedürftigkeit werden Verfügungen getroffen.

Ein Antrag Wichhoff (fortsch. Bg.), der Verbesserungen für die Krankenkassen von Postbeamtenvereinen fordert, wird angenommen. Auch die Demarkationszulagen werden mit schwacher Mehrheit angenommen. Die Tarifvertragsresolution der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Abg. Wiedeburg (Zentr.) beantragt eine Resolution auf Ausbau der Arbeiterschüsse der Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker, die jährlich einmal Gelegenheit haben sollen, ihre Wünsche vorzutragen.

Abg. Formann (fortsch. Bg.) stimmt der Resolution zu und bringt Wünsche einzelner Kategorien vor.

Abg. Kocke (soz.) wendet sich gegen die Bestimmungen in der Resolution, wonach nur einmal jährlich die Beschwerden vorgebracht werden sollen.

Abg. Sirefemann (nat.-lib.) spricht für die Resolution mit der von dem sozialdemokratischen Redner geforderten Erweiterung.

Abg. Behrens (wirtsch. Bgg.) erklärt, der Berliner Telegraphenarbeiterverband könne sich nicht wehren, wenn die Rechte seines Bundes nicht freundlich gegenübersteht, weil er die Abgeordneten schlecht bezahlt.

Staatssekretär Kräfte erklärt, daß die Arbeiter nicht schlecht behandelt werden, und daß auch er der Ansicht sei, daß die Mitglieder von Arbeitervereinigungen vor unangenehmem Kontakt geschützt sein müssen. Die Möglichkeit der Gründung einer Konfessionsklasse für die Arbeiter werde jetzt durch einen Versäumnisakt nicht geprüft.

Abg. Kocke (soz.): Wahre Hungerlöhne werden gezahlt. Jedemal wenn Arbeiter vor Gericht mildere Urteile erhalten, wird sie aus Not gezwungen haben, ist der Staatssekretär vernünftig.

Präsident Graf Schwerin: Solche Vorbereitungen kann ich durchaus nicht dulden. Die Resolution Wiedeburg wird angenommen.

Auf Anfrage des Abg. Dröschner (fortsch. Bg.) erwidert: Staatssekretär Kräfte, daß in Samoa, Neu-Guinea, Kanada und Jap Funktionenationen eingerichtet werden.

Abg. Hegier (fortsch. Bg.) führt Beschwerde über die Handhabung des Postgesetzes. Die Geschäftsleute werden von der Verwaltung angefaßt, weil sie ihrer Baren Rechnungen im geschlossenen Kuvert belegen.

Staatssekretär Kräfte: Geschlossene Briefe dürfen im Paket nicht beiliegen. Wir halten an unserm Recht fest, weil ohnehin nach allen Richtungen hin verhandelt wird, das Postgesetz zu umgehen.

Damit ist der Postetat erledigt. Die Propositionen werden nach dem Antrage der Kommission behandelt. Das Haus vertagt sich.

Der Kaffee-Corner.

1.) Roman von Cyrus Townsend Brady.

Im Bureau brauchen waren die ganzen Beamten Gunningham Cutters, deren Gesicht auch ganz von dem Gesicht ihres Prinzipals abhing; denn auch sie hatten trotz des strikten Verbotes ihres Chefs sich alle an der Spekulation mitbeteiligt, und alle weit über ihre Kräfte hinaus. Denn was konnten sie dafür, wenn die Cornerwelt des Hauses sie auch miterrierte. Cutter brauchte keine Leute also nur bereinzurufen, und die hielten dann Johnstone und Tillotson hier schon fest, bis es drei Uhr schlug und sie nicht mehr verderben konnten. Und darum hatte er blitzschnell auf den Tafel der elektrischen Glocke gedrückt und...

Und hatte leider den Ansturm begangen, den beiden seine Absicht zu sagen; denn im selben Moment sah er die Mündungen zweier Revolver auf sich gerichtet, so daß er ganz ensetzt in seinen Sessel zusammensank.

'Schnell, Joe, spring' hin, schließe die Tür, daß niemand hereinlann, den hier halte ich schon in Schach!' Mit einer Schnelligkeit, die man dem alten Manne nicht zugeraut hätte, war Joe Johnstone mit einem Sprung an der Tür, und im selben Augenblick war der Schlüssel auch umgedreht. Gerade zurecht. Dann im gleichen Moment drückte der Bankbuchhalter draußen schon auf die Klinge, und als er die Tür verschlossen fand, klopfte er an.

'Sagen Sie ihm, daß Sie sich geizt haben,'

klopfte Tillotson. 'Dah Sie ihn nicht brauchen. Zum Kukud! sagen Sie's ihm, denn weiß Gott, Sie waren der Hölle nie näher als jetzt.' Eine tödliche Angst lag auf dem unglücklichen Walter. Zweimal versuchte er zu sprechen. Er brachte keinen Laut heraus. Und der Buchhalter draußen klopfte schon wieder. 'Haben Sie nicht gerufen?'

Tillotson hob seine Hand und ließ den Hahn knallen. 'Antworten Sie,' flüsterter er wieder. 'Nein — ich — ich — Nein. Ein Mißverständnis.'

'Sehr wohl, Herr,' antwortet der Buchhalter und ging seiner Wege.

Und jetzt ans Telephon,' sagte Tillotson. 'Rufen Sie Ihr Privattelephon an der Börse auf. Verlangt: Sie Dreiwit. Wir wollen mit tausend Losen beginnen.'

'Sie ... wollen mich ... ru ... nieren,' ächzte der unglückliche Walter und ging mit schlotternden Knien totbleich und gitternd zum Telephon hin.

Das tut mir sehr leid. Aber da ich nur die Wahl zwischen Ihnen und Miß Livingstone habe, so wird mir die Wahl nicht sehr schwer. Aberdies hätte ich Sie immer gewarnt. Das ist mein Corner, nicht Ihrer und ich kann damit machen, was ich will. Nun? Sind Sie verbunden?'

'Ja,' hauchte Mr. Cutter vernichtet.

'Gut, so sagen Sie ihm, was ich Ihnen vorzulegen werde. Aber suchen Sie mich nicht zu betrügen. Sie kennen mich nicht, aber das luge ich Ihnen, ich ermorde Sie hier auf dem Place, wenn Sie nicht tun, was ich will.'

'Sind Sie Dreiwit?' sprach Cutter mit ganz heiser gewordenem Stimme ins Telephon.

'Ja,' antwortete die Person am andern Ende des Drahtes. 'Wer spricht?'

'Hier Cutter.'

'D. Cutter? Ich habe Ihre Stimme gar nicht erkannt. Was gibt es?'

'Der — C. r. . . ' aber er konnte nicht weiter.

'Wird es?' sagte der Ingenieur und setzte dem Mann den Revolver dicht an die Schläfe.

'Der — Corner — ist ge — brochen. Verlaufen Sie so — fort tausend Lose Kaffee — Wie?'

'Tausend Lose — Kaffee —'

'Geben Sie mir Ihre Privatignal,' sagte Dreiwit um gewiß zu sein, daß kein Unberufener die überraschende Order überbrachte.

Und der arme Mensch gab das Signal wirklich. 'Sagen Sie ihm, daß Sie ihm auch eine schriftliche Order noch geben werden,' flüsterter der Ingenieur. 'So, und jetzt klingeln Sie ab.'

'Mr. Tillotson,' sagte Cutter, der vollständig niedergebroschen war, 'ich — beschwöre Sie — noch ist es Zeit —, noch wird unser Verkauf keine Panik hervorzurufen haben, noch kann alles wieder gut gemacht werden. Aberlegen Sie sich's! Retten Sie sich! Retten Sie uns! Ich bitte Sie!'

'Sellen Sie kein Narr, glauben Sie denn, meine Ansichten wechseln von Minute zu Minute wie Ihre vielleicht. Da treten Sie sich. Ich weiß, was ich tue, und nun setzen Sie sich hin und schreiben Sie an Dreiwit die Order, den Corner sofort vollständig, so vollständig wie

möglich, zu brechen. Er soll jede fünf Minuten tausend Lose anbieten. Die Presse müssen nur so herunterrasseln, verheihen Sie mich?'

'Aber Herr Tillotson,' begann Mr. Cutter wieder.

'Reden Sie nicht, schreiben Sie.'

'Aber das ist gegen jede Brantregel.'

'Ich pfeife auf die Worte und ihre Regeln. Ich mache die Geschäfte, die ich mache, nach meinen eigenen Regeln. Also, schreiben.'

Cutter hätte, er wußte nicht was, für ein bißchen Mut und Courage gegeben. Johnstone war schon ein alter Mann, Tillotson ein kleiner, und er war im Grunde gewiß stark genug, es mit beiden aufzunehmen. Aber er fand den gehörigen Mut nicht dazu. Seine Hände zitterten, daß er kaum schreiben konnte, und als Tillotson den 'Wisch' sah, wies er ihn zurück:

'Nein, nein, das muß anders geschrieben werden.'

Und Mr. Cutter schrieb die Order noch einmal.

'Ja, die geht.'

Und Tillotson ließ sie durch Cutter in ein Kuvert tun.

'So,' sagte er. 'Jetzt, Joe, bist du so freundlich und übergibst draußen den Brief. Er soll sofort an Mister Dreiwit zur Börse. Wie heißt der Buchhalter, der das bei Ihnen besorgt?'

'Neuer.'

'Gut, also Mister Reiser soll gehen, und du, Joe, bleibe draußen, lege dich dicht vor die